

+++ NEWSTICKER +++

Gesetz zur Begleitung der Neuorganisation der saarländischen Vollzugspolizei verabschiedet

Der Landtag hat das Gesetz in seiner Sitzung am 30.11. verabschiedet. Dieser Gesetzesentwurf ist der Beginn umfangreicher Strukturänderungen rund um die saarländische Polizei. Damit wird der Neuorganisation der saarländischen Polizei, die mit dem Zusammenschluss von Landeskriminalamt und Landespolizeidirektion zu einem Landespolizeipräsidium einhergeht, Rechnung getragen.

+++++

Vorgänge um Trojaner-Software lückenlos aufklären

Heute ist klar: Die Bundesebene hat den Trojaner, von dem sie weiß, dass er klar gegen Vorgaben des BVerfG verstößt, an die Länder verteilt. Die Screenshot-Funktion geht über reines Abgreifen von verschlüsselten Telekommunikationsinhalten (Quellen-TKÜ) hinaus. Erfasst werden auch Inhalte, die möglicherweise niemals den Computer verlassen. Das Gleiche gilt für Mitschnitte der Tastatur. Die jetzigen Enthüllungen zeigen, dass die durch das BVerfG-Urteil von 2008 eng gesetzten Grenzen, nicht eingehalten wurden. Die Software wurde zwar im Saarland von staatlichen Behörden nicht eingesetzt, trotzdem ist es wichtig, zusammen mit Bund und Ländern weiterhin alles zu unternehmen, um die Vorgänge um den Einsatz des Trojaners lückenlos aufzuklären.

+++++

Untersuchungsausschuss „Landtagswahlen 2009“ beendet

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die unternehmerische Einflussnahme auf die Regierungsbildung des Saarlandes nach den Landtagswahlen 2009 aufklären sollte, hat seine Arbeit beendet. Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses zeigt ganz klar, dass sich keiner der Vorwürfe der Opposition bestätigt hat. Insbesondere der Vorwurf, die Grünen hätten sich durch Parteispenden zu einer Koalitionsentscheidung beeinflussen lassen, wurde als reine Rufmordkampagne der Oppositionsfaktionen entlarvt. Die Koalitionsentscheidung wurde von einem Grünen-Parteitag unbeeinflusst in geheimer Abstimmung mit übergroßer Mehrheit beschlossen. Die Opposition ist grandios gescheitert mit dem Versuch, einen Skandal herbeizureden und zu konstruieren.



AKW CATTENOM SOFORT VOM NETZ NEHMEN!



Hubert Ulrich, MdL
Fraktionsvorsitzender

Derzeit laufen die Auswertungen des Stresstests der französischen Atomkraftwerke. Klar ist bereits, dass alle 58 französischen AKW nachgerüstet werden müssen. Der Stresstestbeauftragte für das Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg, Dieter Majer, hat inzwischen seinen Bericht über den Stresstest für das AKW Cattenom vorgelegt.

Die Ausführungen von Dieter Majer haben aus Sicht der Grünen-Landtagsfraktion zwei Dinge deutlich gezeigt: Es gibt eine lange Liste mit erheblichen Mängeln und im Stresstest wurden nicht einmal annähernd alle sicherheitsrelevanten Faktoren überprüft. Wir halten einen Weiterbetrieb des AKW Cattenom für nicht verantwortlich. Der Reaktor muss sofort abgeschaltet werden. Einer der

eklatantesten Mängel ist, dass sowohl die Strom- als auch die Kühlwasserversorgung des AKW bei Erdbeben und Hochwasser nicht ausreichend gesichert sind. Im Falle eines Erdbebens könnte die Kühlung nur über den Mirgenbachsee erfolgen. Dort gibt es sicherheitsrelevante Probleme durch Algenbildung und durch Korrosionen an Verschraubungen und Leitungen.

Nicht hinnehmbar sind auch die langen Fristen, die die EdF als Betreiberin für die Behebung der festgestellten Mängel hat. Es kann nicht sein, dass Notstromaggregate erst im Jahr 2020 nachgerüstet sein müssen. 2015 soll erst die Erarbeitung des Maßnahmenplanes für einen vollständigen Stromausfall fertig gestellt sein. Eine zentrale schnelle Eingreiftruppe für

Störfälle soll ebenfalls erst 2015 einsatzbereit sein. Außerdem hat die EdF in ihrem Bericht keine Ausführungen zur Sicherheit des AKW bei Flugzeugabstürzen gemacht. Hier müssten eigentlich zwei Szenarien vorgesehen sein: ein Flugzeugunglück und der terroristisch geplante Absturz eines Flugzeugs. Mit beiden Szenarien befasst sich der Bericht der EdF nicht.

Die Kommission 6 des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) hat in ihrer Sitzung am 28. November eine Resolution beschlossen, in der die EdF zur unverzüglichen Mängelbeseitigung aufgefordert wird.

weiter Seite 2 >



RECHTSEXTREMISMUS
WIRKSAM BEKÄMPFEN

> Seite 3



DER LANDESHAUSHALT
2012

> Seite 4

Fortsetzung TOP-THEMA

AKW CATTENOM
SOFORT VOM NETZ
NEHMEN!

Wir warnen bereits seit vielen Jahren vor dem Betrieb des AKW in Cattenom. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Pannen und Zwischenfälle, die auch ohne Stresstest belegen, dass dieses AKW ein Sicherheitsrisiko für die gesamte Region ist. Erst Ende August kam es in Block zwei des AKW zu einer Schnellabschaltung wegen einer Schwankung des Wasserniveaus in den Dampfturbinen. Der betroffene Block war zu diesem Zeitpunkt gerade erst nach einer monatelangen Revision wieder angefahren worden.

Wir haben immer gegen den Bau und den Betrieb des AKW gekämpft und die vielen Störfälle der vergangenen Jahre haben uns in unserer Befürchtung bestätigt, dass dieses AKW ein Sicherheitsrisiko ist. Cattenom gehört abgeschaltet, um die Sicherheit für die Bevölkerung und die Umwelt in der Großregion vor den nuklearen Gefahren, die von Cattenom ausgehen, wirksam zu schützen.

Wir fordern die französische Staatsregierung auf, die Verlängerung der Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke umgehend zurückzunehmen, den Ausstieg aus der Atomenergie auch in Frankreich einzuleiten und das AKW Cattenom sofort vom Netz zu nehmen.



vlnr: Jürgen Zimmer, Klaus Lorig, Claudia Willger, Dr. Simone Peter, Ralph Schmidt

INFORMATIONSVORANSTALTUNG
„FÜR EIN GUTES KLIMA SORGEN“
ZEIGT CHANCEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ AUF

Ein kompetent besetztes Podium diskutierte im September mit etwa 100 interessierten TeilnehmerInnen anlässlich der Informationsveranstaltung der Grünen-Landtagsfraktion.

Die saarländische Umweltministerin Dr. Simone Peter stellte das im Frühjahr 2011 aufgelegte Förderprogramm Klima-Plus-Saar vor und zeigte die Chancen und Möglichkeiten für Privathaushalte und Kommunen im Bereich der Erneuerbaren Energien auf.

Der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages

(SSGT) Klaus Lorig legte dar, dass den Kommunen als größtem Eigentümer öffentlicher Gebäude und größtem Lieferant von Strom und Wärme (Stadtwerke) beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine besondere Verantwortung zukommt. Wichtig sei auch das Zukunftsthema Biomasse: Grünschnitt solle zukünftig innerhalb des Saarlandes verwertet werden.

Als Geschäftsführer der Verbraucherzentrale des Saarlandes e.V. verwies Jürgen Zimmer auf die sozialpolitische Komponente, denn unter den jährlich durchgeführten 2.500 Energieeinsparberatungen scheiterten einige

Maßnahmen an mangelnder finanzieller Ausstattung. Er forderte dazu auf, die Beratungsangebote besser zu vernetzen.

Ralph Schmidt und Dr. Alexander Dörr von der ARGE Solar e.V. berichteten über ihre Erfahrungen aus 20 Jahren Energieberatung für Kommunen und Privatleute. Ihr Fazit: Der Wille zu Klimaschutzmaßnahmen ist privat und kommunal vorhanden, die energetischen und kreativen Ressourcen der Kommunen, GebäudeplanerInnen und EigenheimbesitzerInnen müssen noch effizienter genutzt werden.

AUSBAU VON KINDERKRIPPEN geht im
Saarland gut voran

Das Saarland ist auf einem guten Weg, die 2007 vereinbarten Ziele beim Ausbau der Kinderkrippenplätze bis 2013 zu erreichen und damit die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

Um das 35-Prozent-Ziel zu erreichen, müssen im Saarland 6.300 Krippenplätze geschaffen werden. In den Jahren 2012 bis 2014 werden weitere rund 49 Millionen Euro Landesmittel und 7 Millionen Euro Bundesmittel für den Krippenausbau zur Verfügung gestellt. Helfen würde dabei, wenn der Bund statt Milliarden in eine

„Herdprämie“ zu vergeuden, dieses Geld zusätzlich in den Krippenausbau investieren würde.

Entsprechend der Berechnungen von Experten wünschen sich rund ein Drittel der Eltern von Kindern im Alter von 1-3 Jahren Betreuungsplätze. Bis 2013 soll der Ausbau so weit vorangeschritten sein, dass der ab dem 1. August 2013 bestehende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (§ 24 (neu) SGB VIII) erfüllt werden kann.



GRÜNE LEHNEN GESETZ ZUR REFORM DER ARBEITS- FÖRDERUNG AB

Bundestag und Bundesrat haben das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt verabschiedet.

Das eigentliche Ziel der Reform war, eine klarere Struktur der Arbeitsförderung zu schaffen. Diesem Ziel wird das Gesetz aber nicht gerecht. Es hat sich als schlichte Sparmaßnahme entpuppt. Gerade Langzeitarbeitslose, an denen die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fast vollständig vorbeigeht, drohen durch die drastischen Einsparungen noch mehr ins Abseits zu geraten. Das Saarland hatte sich daher frühzeitig für Änderungen am ursprünglichen Gesetz eingesetzt.

Die daraufhin im Vermittlungsausschuss beschlossenen Änderungen waren aus unserer Sicht aber weiterhin nicht ausreichend. So wird es beispielsweise ausgerechnet beim Zuschuss für Existenzgründungen bei den geplanten Einsparungen bleiben. Nachweislich bietet dieses Instrument vielen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive, mit der zugleich Beschäftigungsmöglichkeiten für andere geschaffen werden. Das Saarland hat dem Gesetz im Bundesrat daher nicht zugestimmt.

RECHTSEXTREMISMUS WIRKSAM BEKÄMPFEN

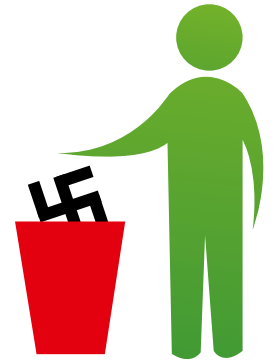
Die Mord-Serie durch rechtsextremistische Terroristen erschüttert derzeit ganz Deutschland.

Die schrecklichen Taten müssen in aller Schärfe verfolgt und geahndet werden. Die Grünen-Landtagsfraktion begrüßt, dass die Bundesregierung endlich einsehlich, dass es rechtsextremen Terror in Deutschland gibt.

Jahrelang wurde dieser Bereich sträflich vernachlässigt, was sich nun rächt. Wir fordern die Bundesregierung vor diesem Hintergrund auf, Kürzungen im Bundesprogramm gegen „Extremismus“ unverzüglich zurückzunehmen und diese Gelder zudem weiter aufzustocken. Wir brauchen dringend die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus engagieren, da sie maßgeblich zu einer Kultur der Toleranz und Menschenrechtsorientierung beitragen.

Wir wollen, dass endlich die Voraussetzungen für ein NPD-Verbotsverfahren geschaffen werden. Ein NPD-Verbot ist im Kampf gegen Rechtsextremismus zwar kein Allheilmittel. Aber es ist nicht weiter hinnehmbar, dass eine solche rechtsextreme Partei mit staatlicher Unterstützung unverhohlen hetzerisch in der Öffentlichkeit auftreten kann und gesellschaftsfähig gemacht wird.

Die zunehmende Verbreitung von rassistischem und menschenverachtendem Gedankengut und rechter Gewalt kann nicht länger hingenommen werden. Ihr muss im Rahmen einer Gesamtstrategie entgegengewirkt werden. Dafür brauchen wir ein breites gesellschaftliches Bündnis und die Stärkung lokaler Initiativen.



Der Landtag verabschiedete am 30.11.2011 einstimmig eine Resolution „Rechtsradikale Taten wirksam bekämpfen“, mit der der Opfer gedacht wird und die schrecklichen Taten verurteilt werden. Alle Fraktionen des Landtages sind übereingekommen, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Deshalb wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen gemeinsam ein Antrag verabschiedet, mit dem die Landesmittel im Kampf gegen Rechtsextremismus um 100.000 Euro erhöht werden.

SAARLAND SOLL GENTECHNIKFREIE ZONE BLEIBEN



Das Gentechnik-Urteil des EuGH ist ein großer Erfolg nicht nur für die Imkerinnen und Imker sondern auch für den Verbraucherschutz.

Es stellt ausdrücklich klar, dass Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen weder im Honig noch in anderen Nahrungsmitteln etwas zu suchen haben und diese entsprechend gekennzeichnet werden müssen. Dann können die Verbraucher frei entscheiden, ob sie solche Produkte konsumieren wollen oder nicht. Der EuGH bekräftigt in seinem Urteil auch das sog. „Verursacherprinzip“ – es spielt keine Rolle, ob die gentechnisch

veränderten Pollen „absichtlich“ in den Honig gelangt sind. Es besteht in jedem Fall ein Schadensersatzanspruch gegen diejenigen, die die Gentechnik-Pflanzen angebaut haben.

Das Saarland ist das einzige Bundesland, in dem bisher keine Anbauflächen für gentechnisch veränderte Organismen existieren. Wir wollen, dass das Saarland auch weiterhin gentechnikfrei bleibt! Hier wäre es auch zu begrüßen, wenn eine Kooperation mit Rheinland-Pfalz zustande kommen würde, um die gentechnikfreien Anbaubereiche noch weiter auszudehnen.



TERMINHINWEIS:
MITTWOCH, 25.01.2012 • 19 UHR BIS 21 UHR

Ökologische Produkte aus der Region LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG MIT ZUKUNFT!

im großen Restaurant im Landtag des Saarlandes

TeilnehmerInnen:

- Dr. Simone Peter, Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr
- Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Agrarwissenschaftler, Biolandwirt und Autor des Buches „FOOD CRASH – Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr“
- Klaus Fontaine, Präsident des Bauernverbandes Saar e.V.
- Manfred Nafziger, Vorsitzender Bioland Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.

Begrüßung und Moderation:

- Claudia Willger, stellv. Vorsitzende B90/Grünen-Landtagsfraktion

Wir bitten um Anmeldung per E-Mail, Fax, Post oder Telefon.
Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

LANDESHAUSHALT 2012

> ENTLASTUNG FÜR DIE SAARLÄNDISCHEN KOMMUNEN > MEHR GELD FÜR BILDUNG, FAMILIEN UND DATENSCHUTZ

Gemeinsam mit der CDU- und FDP-Landtagsfraktion hat die Grünen-Landtagsfraktion im Landshaushalt für das Jahr deutliche Akzente in den Bereichen Bildung, Kommunen, Soziales und Datenschutz gesetzt.

Alle Änderungen wurden von den drei Koalitionsfraktionen einstimmig beschlossen. Die Vorgaben der Schuldenbremse können auch 2012 - wie bereits 2011 - eingehalten werden.



Markus Schmitt,
Landtagsabgeordneter

Hier ein kurzer Überblick über einige Änderungsanträge zum Haushalt 2012:

1. ENTLASTUNG VON 55 MIO. EURO FÜR DIE KOMMUNEN Größtes Entlastungspaket seit Jahrzehnten für die Städte und Gemeinden im Saarland

Das Land übernimmt sowohl die Zinszahlungen als auch Tilgung aus dem „Fonds Kommune 21“, die ursprünglich von den Kommunen zu tragen gewesen wären.

2. STÄRKUNG DES DATENSCHUTZES

Der öffentliche und private Datenschutz sind in einem Datenschutzzentrum zusammengefasst worden. Zur Aufgabenerfüllung sind zwei neue Stellen mit einem Volumen von rund 80.000 Euro geschaffen worden.

3. MOTIVATION UND UNTERSTÜTZUNG BEIM EHRENAMT

Zur landesweiten Einführung der „Ehrenamtskarte“ sind 100.000 Euro bereitgestellt worden.

4. HOHE INVESTITIONEN FÜR DIE ALTENPFLEGEAUSBILDUNG UND FORTSETZUNG DES ENGAGEMENTS ZUR STÄRKUNG DES GESUNDHEITSBEWUSSTSEINS

Die Mittel für die Ausbildung von AltenpflegerInnen und AltenpflegehelferInnen werden um 300.000 Euro erhöht. Die Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen gegen Krebs und andere Präventionsangebote im Rahmen des Projekts „Das Saarland lebt gesund“ bleiben erhalten.

5. ATTRAKTIVES ANGEBOT AN KÜNFTIGE BERUFS-SCHULLEHRER

Um dem Mangel an BerufsschullehrerInnen zu begegnen, wird die im vergangenen Jahr beschlossene Absenkung der Eingangsbesoldung für den ersten Einstellungstermin 2012 zurück genommen.

6. MEHR GELD FÜR SOZIAL- UND ALTENPOLITIK UND ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT

Zur Verbesserung der Versorgungssituation von Demenzkranken wird der Haushaltsansatz um 30.000 Euro auf 100.000 Euro angehoben. Ein neuer Haushaltstitel mit 30.000 Euro dient zur Förderung von Entwicklung neuer Wohnformen für ältere Menschen. Für die Projekte HIPPY/OPSTAPJE und KIBIZ werden jeweils zusätzliche 30.000 Euro eingesetzt. Beim Landesamt für Soziales wird der Mittelansatz für Inklusionsmaßnahmen um 100.000 Euro erhöht, um Integrationsprojekte zu fördern.

7. VERBESSERUNG DER SITUATION IN DER LANDESAUFNAHMESTELLE LEBACH

Um die Situation der Flüchtlinge in der Landesaufnahmestelle in Lebach zu verbessern, werden zusätzliche 50.000 Euro in den Landshaushalt eingestellt. Zudem sollen vorhandene Restmittel in

Höhe von 50.000 Euro in diesem Bereich zügig abgebaut werden.

8. MEHR GELD FÜR KLIMASCHUTZ UND ERNEUERBARE ENERGIEN

Mit zusätzlichen 200.000 Euro wird das Institut für Zukunftssysteme (IZES GmbH) ausgestattet, um die wissenschaftliche Begleitung des inhaltlichen Schwerpunktes der Landesregierung Klimaschutz und Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherzustellen und auszuweiten. Damit stehen für Klimaschutzmaßnahmen insgesamt fast 20 Mio. Euro zur Verfügung.

9. ÜBERGANGSREGELUNG BEI PENSIONIERUNGEN BEI DER POLIZEI UND ABSCHAFFUNG DES EINFACHEN DIENSTES BEI DER JUSTIZ

Statt einer vollständigen Streichung der Ausgleichszahlungen für PolizeibeamtInnen wird eine gestaffelte Übergangsregelung eingeführt. Bei der Justiz wird der „einfache Justizdienst“ abgeschafft.

10. STÄRKUNG VON KUNST UND KULTURPFLEGE

Mit zusätzlichen rund 50.000 Euro wird im kommenden Jahr im Bereich Kulturbahnhof, pädagogische Filmarbeit, beim Theater Überzwerg und der Hochschule für Bildende Künste mehr Geld zur Verfügung stehen.

11. FÖRDERUNG SCHULISCHER MASSNAHMEN DER BERUFSORIENTIERUNG

Die Mittel für die Förderung schulischer Maßnahmen werden um 30.000 auf 55.000 Euro erhöht.

12. NEUE STELLEN FÜR CYBER-KRIMINALITÄT BEI DER POLIZEI

Anfang des nächsten Jahres wird bei der Polizei eine Dienststelle „Cybercrime“ mit mindestens zwei externen IT-SpezialistInnen eingerichtet.

13. PLANUNGSMITTEL FÜR NORDSAARLAND-STRASSE

Zur Planung und Überprüfung des Projektes ist eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von 200.000 Euro vorgesehen. Für uns als Grüne steht dabei die Umweltverträglichkeitsprüfung im Mittelpunkt, um vor Beginn einer Planung für die 16 Millionen Euro teure Nordumfahrung zu klären, ob es aus ökologischer Sicht Sinn macht, eine Trasse durch den Merziger Kammerforst zu bauen.



INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne weitere Informationen zur Arbeit im Landtag?
Sie interessieren sich für parlamentarische Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe? Melden Sie sich einfach unter 0681/5002-508 oder fraktion@gruene-saar.de

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

FRAKTION IM LANDTAG
DES SAARLANDES

Verantwortlich für die Herausgabe dieser Informationsschrift:

Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion vertreten durch Fraktionsgeschäftsführerin Claudia Beck,
Landtag des Saarlandes,
Franz-Josef Röder Str. 7,
66119 Saarbrücken

Tel.: 0681/5002-508,
Telefax: 0681/5002-511,
E-Mail: fraktion@gruene-saar.de
Fotos: Seite 1, benoitd/flickr.com
stockxchange, Fotolia, Grüne Saar



Weitere Infos zu den Abänderungsanträgen der Fraktion erhalten Sie unter fraktion@gruene-saar.de